beteiligen, das Leid der Palästinenser zu mehren. Ein Friedensvertrag ist kein Blankoscheck.

SPIEGEL: Das dürfte sich für israelische Politiker bedrohlich anhören.

Orabi: Ich sehe keinen Grund, unsere Beziehung zu Israel jetzt zu ändern. Aber wir werden die Regierung drängen, auf die neuen Verhältnisse stärker einzugehen. Neue Bedingungen verlangen nach einem neuen Verhalten.

SPIEGEL: Ihr Vorgänger Nabil al-Arabi, der zum Generalsekretär der Arabischen Liga gewählt wurde, hat nicht nur Israel, sondern auch Ihren Bündnispartner USA durch seinen Vorschlag irritiert, Ägyptens Beziehung mit Iran zu normalisieren. Wann werden Sie nach Teheran reisen?

Orabi: Wir wollen einen ernsthaften Dialog und fruchtbare Beziehungen etablieren, nicht mehr und nicht weniger. Die Einzelheiten kann eine neue Regierung erst nach der Parlamentswahl festlegen.

SPIEGEL: Dass Präsident Mahmud Ahmadinedschad vor zwei Jahren die iranische Demokratiebewegung brutal hat niederschlagen lassen, stört Sie nicht?

Orabi: Der „wind of change" hat die gesamte Region erfasst. Alle Verantwortlichen sollten bereit sein für diesen Wandel. Das Volk übernimmt die Führung, die öffentliche Meinung schreibt jetzt die Verfassung, zumindest zeitweilig.

SPIEGEL: Wo stehen Sie im Falle Iran? Auf Seiten der Demonstranten oder auf Seiten der Führung?

Orabi: Wir sind die Repräsentanten der Revolution. Wir bemühen uns um eine wahrhafte Demokratie. Diese Ideen vertreten wir gegenüber jedem.

SPIEGEL: Auch gegenüber dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad?

Orabi: Wo wir können, weisen wir auf unsere Erfahrung hin: Und die besagt, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen zügigen Reformen und Stabilität.

SPIEGEL: Wenn Sie Berlin besuchen, werden Sie in eine scharfe Debatte geraten: Soll die Bundesregierung den Verkauf von Panzern nach Saudi-Arabien erlauben, auch wenn sie zur Niederschlagung einer Demokratiebewegung eingesetzt werden könnten?

Orabi: Saudi-Arabien ist ein großes, weites Land in einer turbulenten Region. Es muss das Recht haben, seine Grenzen zu verteidigen. Ich vertraue auf die Klugheit der saudischen Führung …

SPIEGEL: … die ihre Truppen und Panzer ins benachbarte Bahrain geschickt hat, um gegen Demonstranten vorzugehen.

Orabi: Der Einsatz diente, soweit ich weiß, der Sicherung von strategischen Einrichtungen, um die Bahrain gebeten hatte. Jedenfalls werde ich den Freunden im Bundestag raten, die Vereinbarung zwischen Berlin und Riad zu unterstützen.

SPIEGEL: Kommen Sie auch mit besonderen Wünschen nach Berlin?

Orabi: Deutschland ist ein sehr wichtiger Freund und Helfer, zu dem wir uns beste Beziehungen wünschen. Wir wollen kein Geld. Wir möchten Partner sein, wünschen uns enge Zusammenarbeit beim Aufbau des neuen Ägypten.

SPIEGEL: Herr Außenminister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

AP

Ägyptisch-israelischer Friedensschluss 1979*: *„Kein Blankoscheck"*

* Ägyptens Präsident Anwar al-Sadat, US-Präsident Jimmy Carter, Israels Premier Menachem Begin am 26. März in Washington.

JUSTIZ

Der Preis des Tötens

Amerika diskutiert über die Todesstrafe. Einer der Gründe: Hinrichtungen sind zu teuer.

Meterhoch türmen sich in seinem Büro die Akten, wie Grabsteine stehen die Stapel herum: Seit fast 30 Jahren kämpft Rick Halperin, 61, Direktor des „Menschenrechtsprogramms" an der Southern Methodist University in Dallas, gegen die Todesstrafe. Nicht ein einziges Mal hat er sich durchgesetzt. Alle, für die er kämpfte, sind hingerichtet worden, und am Mittwoch wird es, aller Voraussicht nach, den Nächsten treffen – einen als Mörder verurteilten Mann, der offenbar deutsche Wurzeln hat.

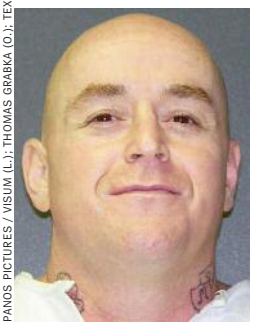
Dallas liegt schließlich in Texas, wo mehr Menschen exekutiert werden als in jedem anderen US-Bundesstaat. Mit 232 Hinrichtungen in zehn Jahren Amtszeit brüstet sich Gouverneur Rick Perry, der Ende 2000 sein Amt von George W. Bush übernahm. Der hatte es in sechs Jahren auf 152 Hinrichtungen gebracht.

Warum also ist Rick Halperin guter Dinge? Warum hat er, in einem Anflug von Übermut, ein „Out of Order"-Schild an das Miniaturmodell eines elektrischen Stuhls gehängt, das neben seinem Schreibtisch steht? Vermutlich weil ihm das Schicksal einen Mann zugeführt hat, von dessen Geschichte er hofft, dass sie selbst Texaner ins Grübeln bringt: Rais Bhuiyan, 37, einen frommen, aus Bangladesch stammenden Muslim.

Am 21. September 2001, Bhuiyan ging auf einer Tankstelle in Dallas seiner Arbeit nach, kam ein Mann mit einer Schrotflinte auf ihn zu, fragte ihn, woher er komme, und schoss ihn nieder.

Der Täter, Mark Stroman, ein weißer Rassist, drogenabhängig und mehrfach vorbestraft, war in der Wahnvorstellung losmarschiert, seine Halbschwester sei zehn Tage zuvor beim Angriff auf das World Trade Center in New York ums Leben gekommen. Er wollte Araber erschießen. Getötet hatte er aber einen Pakistaner, einen Inder erschoss er später; Bhuiyan, das zweite Opfer, überlebte schwer verletzt.

Noch heute stecken Reste von 35 Schrotkugeln in seinem Kopf, und er ist auf dem rechten Auge blind. Doch sein Glaube, sagt Bhuiyan, lehre ihn Vergebung. Er will, dass die Todesstrafe für den Mann, der ihn ermorden wollte, in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt wird.



PANOS PICTURES / VISUM (L.); THOMAS GRABKA (O.); TEXAS DEPARTMENT OF CRIMINAL JUSTICE (U.)

Injektionstisch*, Opfer Bhuiyan, Täter Stroman: *300 Millionen Dollar pro Exekution*

Rais Bhuiyans Geschichte ist Halperins stärkstes Argument, um öffentlichen Druck zu machen. Juristisch baut er seine Hoffnung auf das im Strafgesetzbuch vorgesehene „Opferrecht“: Bhuiyan hat Klage eingereicht, um Stroman für ein Versöhnungsgespräch treffen zu können. Und schließlich setzen Halperin und Bhuiyan auch auf internationale Unterstützung. Anfang Juli reisten sie nach Berlin und trafen sich mit Tom Koenigs, der dem Menschenrechtsausschuss des Bundestags vorsitzt: Stromans Vater soll aus Niedersachsen stammen; die Fürsprache deutscher Politiker, so hoffen das Opfer und der Menschenrechtler, könne dem Täter helfen.

Auch nur einen Aufschub der Hinrichtung zu erreichen wäre ein Erfolg für die beiden Aktivisten. Wahrscheinlich ist das in Texas nicht – auch wenn hier ein Richter im November zum ersten Mal eine Debatte über die Verfassungsmäßigkeit der Todesstrafe zuließ.

Andere Bundesstaaten sind viel weiter. Illinois hat die Todesstrafe gerade abgeschafft, als 16. von 50 Bundesstaaten. Auch in Florida wird über die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe gestritten – weil, an der Geschwindigkeit gemessen, mit der die Urteile dort vollstreckt werden, der letzte der heutigen Todeskandidaten erst in 200 Jahren mit seiner Hinrichtung rechnen könnte. Und in Kalifornien sollen die Bürger bald über die endgültige Abschaffung der Todesstrafe abstimmen.

Die Zahl der Hinrichtungen in den Vereinigten Staaten sinkt. Selbst in Texas waren es 2010 nur noch 17. „Es ist Zeit, dass die Todesstrafe Geschichte wird“, schreibt der „Houston Chronicle“.

Amerikas Henker, die inzwischen fast ausschließlich mit letalen Injektionen töten, müssen sich zudem nach neuen Giftlieferanten umsehen: Ein US-Hersteller sprang bereits im Herbst ab, am 1. Juli stellte auch die dänische Firma Lundbeck klar, dass ihr Medikament Pentobarbital nicht mehr für Hinrichtungen in den USA verwendet werden darf. Schon seit längerem gibt es Nachschubprobleme, zahlreiche Exekutionen mussten bereits verschoben werden.

Finden sie dennoch statt, führen sie zu langwierigen Debatten, ja sogar zu diplomatischen Spannungen: Am 7. Juli wurde ein Mexikaner hingerichtet, der eine 16-Jährige brutal vergewaltigt und dann erschlagen hatte. Niemand hatte ihn darüber aufgeklärt, dass er die mexikanische Regierung um Beistand hätte bitten können. US-Präsident Barack Obama drängte auf eine Überprüfung des Falls, die texanischen Behörden setzten sich darüber hinweg.

Früher wäre der Mann beerdigt und der Fall zu den Akten gelegt worden – nun aber berichten die Medien seit Wochen detailliert über die Umstände und die Folgen der Hinrichtung: „Viva Mexico!“, habe der Todeskandidat gerufen, bevor das Gift seine Wirkung tat. Kommentatoren fürchten, der Fall könne zu einer ernsten Krise im Verhältnis zu Mexiko führen.

„Amerikaner werden immer dazu neigen, Gewalt mit Gewalt zu vergelten“, sagt Halperin. Das sei Teil ihres Rechtsverständnisses. „Aber allmählich fangen sie an auszurechnen, was sie das kostet: politisch, diplomatisch – am Ende aber auch finanziell.“

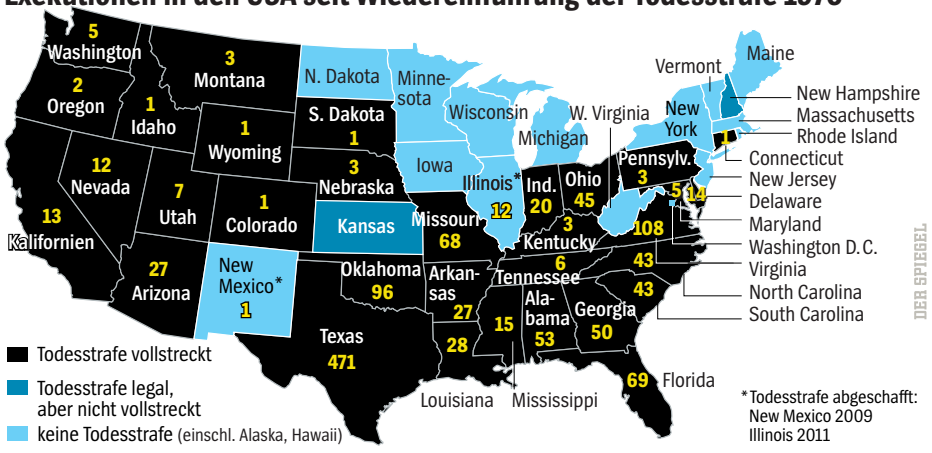
Eine, die sich mit genau dieser Frage beschäftigt, ist Jeanne Woodford. Die 57-Jährige mit dem strengen Kurzhaarschnitt hat jahrelang als Gefängniswärterin in San Quentin gearbeitet, sie hat auch Exekutionen überwacht. Inzwischen sitzt sie im Büro des Vereins Death Penalty Focus im Zentrum von San Francisco – und arbeitet daran, dass ihren Ex-Kollegen diese Aufgabe künftig erspart bleibt.

Schon während ihrer Dienstzeit waren Woodfords Zweifel gewachsen, ob das amerikanische Justizsystem fair sei. Seit sie sich als Aktivistin durch die Akten wühlt, stellt sie auch die Kosten des staatlichen Tötens in Frage. Sie rechnet vor: 13 Hinrichtungen gab es in Kalifornien seit 1978. Vier Milliarden Dollar kostete der Betrieb des Todesstrafen-Systems, weil die Recherchen so teuer, die Unterbringung der Häftlinge so aufwendig und die Berufungsverfahren so zahlreich sind. Mit mehr als 300 Millionen Dollar schlägt jede einzelne Exekution zu Buche – schwer zu rechtfertigen in einem Bundesstaat am Rande des Bankrotts.

Also hat Jeanne Woodford ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe angestoßen. Sollte sie Erfolg haben, wären auf einen Schlag mehr als ein Fünftel der 3200 Todeskandidaten in den USA nur mehr Lebenslängliche. Eine ehemalige Gefängniswärterin könnte so den Anfang vom Ende der Todesstrafe in Amerika einleiten.

So wenig die nüchterne Kalifornierin für die radikale Tea-Party-Bewegung übrig hat – in einem Punkt ist sie sich mit deren Anhängern einig: Amerika, mit mehr als 14 Billionen Dollar verschuldet, muss sparen. Selbst wenn es um Leben und Tod geht.

Simon Book,
Gregor Peter Schmitz

* In der Hinrichtungskammer des Angola-Gefängnisses im US-Bundesstaat Louisiana.

Exekutionen in den USA seit Wiedereinführung der Todesstrafe 1976